

Christlich Demokratische
Union Deutschlands
Konrad-Adenauer-Haus
Herrn Friedrich Merz
Klingelhöferstr. 8
10785 Berlin

Bundesvorsitzende

06.03.2025

Mehr Teilhabe für Menschen mit Behinderung im Koalitionsvertrag verankern

Sehr geehrter Herr Vorsitzender Merz,

heute wende ich mich in meiner Funktion als Vorsitzende der Bundesvereinigung Lebenshilfe an Sie. Mir ist sehr bewusst, welch herausfordernde und schwierige Aufgabe Sie bei der Verhandlung des Koalitionsvertrages zu bewältigen haben und ich wünsche Ihnen hierfür bestes Geschick.

Als Lebenshilfe-Vorsitzende liegen mir Menschen mit sog. geistigen Behinderung besonders am Herzen. Sie und ihre Familien sind völlig unverschuldet häufig ein Leben lang auf Unterstützung angewiesen und viele der Probleme in unserem Land, sei es eine schwache oft nicht barrierefreie Infrastruktur, sei es der Mangel an bezahlbarem Wohnraum, der Fachkräftemangel oder auch Schwächen im Gesundheits- und Bildungssystem treffen sie besonders hart.

Ich möchte daher dafür werben, dass Sie – wie auch im CDU/CSU-Wahlprogramm beschrieben – sich nun in der Regierung dafür einsetzen, dass „*Menschen mit und ohne Behinderungen gemeinsam und gleichberechtigt*“ in Deutschland leben. Damit dies gelingt, sind im Koalitionsvertrag Maßnahmen in den folgenden Bereichen von besonderer Bedeutung:

1. Bedarfsgerechte Leistungen für Menschen mit Behinderung

Das Bundesteilhabegesetz (BTHG), mit dem vor acht Jahren alle wesentlichen Unterstützungsleistungen für Menschen mit Behinderungen reformiert wurden, ist in Teilen bis heute in der Praxis nicht angekommen. Die Wartelisten für passende Wohn-Angebote oder völlig unzureichende Unterstützungsangebote bei der Freizeit sind aktuell für die betroffenen Familien kaum zu ertragen.

Diese Missstände gehen häufig darauf zurück, dass vor Ort keine Leistungen vereinbart werden. Dies weist insbesondere auf Mängel sowohl bei der Bedarfsermittlung als auch beim Vereinbarungs- und Schiedswesen im SGB IX hin, die es zu lösen gilt. Die Evaluation der Finanzausgaben und Wirkungen des BTHG sind am 24.02.2025 vom BMAS veröffentlicht worden.

Auf der Grundlage dieser beiden Untersuchungen sind die bestehenden Regelungen des BTHG so anzupassen, dass endlich bedarfsgerechte Leistungen in ausreichender Zahl gerade auch für Menschen mit komplexen Behinderungen und hohen Unterstützungsbedarfen entstehen.

2. Bezahlbaren und barrierefreien Wohnraum

Menschen, die selbstbestimmt und eigenverantwortlich leben wollen, benötigen hierfür neben passgenauer Unterstützung insbesondere auch barrierefreien und bezahlbaren Wohnraum. Dies gilt nicht nur für Menschen mit Behinderung, sondern auch gerade für ältere Menschen.

Der Bund sollte daher den Bau von barrierefreien und bezahlbaren Wohnungen fördern und sich mit den Ländern dafür einsetzen, dass Barrierefreiheit zu einem unverzichtbaren Standard beim Neubau von Sozialwohnungen wird.

3. Barrierefreiheit

Wie in Ihrem Wahlprogramm beschrieben stellt *„Ein inklusiver Sozialraum und Barrierefreiheit einen Mehrwert für alle Generationen dar.“* Gerade beim in den nächsten Jahren dringlich zu bewältigenden Auf- und Umbau öffentlicher Infrastruktur sollte Barrierefreiheit angemessen berücksichtigt werden.

Damit Deutschland barrierefrei wird, ist neben der öffentlichen Hand ein angemessener Beitrag durch die Privatwirtschaft zu leisten, der darin besteht, Menschen mit Behinderung den Zugang zu Dienstleistungen, Gaststätten, Gewerben etc. zu ermöglichen und hierfür die entsprechenden Vorkehrungen zu treffen. Um dies zu erreichen, sollte das Behindertengleichstellungsgesetz und das Allgemeine Gleichbehandlungsgesetz entsprechend reformiert werden.

4. Fachkräftemangel entgegenwirken

Der Fachkräftemangel bei der Begleitung von Menschen mit Behinderungen ist enorm. In diesem Arbeitsfeld arbeiten vor allem sog. Heilerziehungspfleger*innen (HEP). Dieser Beruf wird nach wie vor

in Landesfachschulen gelehrt und ist häufig mit Schulgeld belegt. In der aktuellen Situation ist diese Ausgangslage nahezu grotesk.

Bund und Länder sollten gemeinsame Anstrengungen unternehmen, damit eine praxisintegrierte, bundesweit vergleichbare und in allen Bundesländern anerkannte HEP-Ausbildung entsteht, die auch berufsbegleitend möglich und schulgeldfrei ist.

5. Inklusion in Arbeit

In Ihrem Wahlprogramm kündigen Sie an, *„mehr Chancen zu bieten und Menschen mit Behinderungen den Zugang zu Ausbildung und Arbeit mit passgenauen Impulsen für einen inklusiven Arbeitsmarkt zu erleichtern.“* Diese Ausrichtung ist für Menschen mit Behinderungen wichtig.

Damit Ihr Ziel messbar weiterverfolgt wird, sollte ein Länder-Bund-Aktionsplans für Inklusion vereinbart werden. Mit Beteiligung der Menschen mit Behinderung und ihrer Verbände kann ein solcher Aktionsplan konkrete Maßnahmen und Zeitpläne festlegen. Damit allen jungen Menschen mit Behinderung inklusive und barrierefreie Bildung und Arbeit offensteht, und damit Unternehmen mehr inklusive Arbeitsplätze auf- und ausbauen sowie Werkstätten für behinderte Menschen sich zu Kompetenzzentren weiterentwickeln.

6. Kinder- und Jugendhilfe für Alle

Seit über 30 Jahren gibt es Bestrebungen die Eingliederungshilfe für Kinder und Jugendliche mit Behinderung im Recht der Kinder- und Jugendhilfe (SGB VIII) zu regeln. Mit dem Kinder- und Jugendhilfestärkungsgesetz KJSG wurden in der letzten Koalition von CDU/CSU und SPD die Grundlage dafür gelegt.

Für Familien mit Kindern und Jugendlichen mit Behinderung sollte nun zeitnah diese Reform zu Ende gebracht werden, damit 2028 endlich alle Leistungen der Eingliederungshilfe an Kinder und Jugendliche im SGB VIII verankert sind, sodass dann verlässlich die einheitliche Zuständigkeit des Jugendamtes gilt und die Zuständigkeitsstreitigkeiten ein Ende haben.

Bei diesen sechs Schwerpunkten mit konkreten Vorschlägen möchte ich es nun belassen, da natürlich ein Koalitionsvertrag nicht alle Vorhaben einer Regierungszeit regeln kann und sollte.

Für die Lebenshilfe ist daher der wichtigste Punkt, dass wir Sie als Partner für die Interessen der Menschen mit Behinderung weiter an unserer Seite wissen.

Wir versprechen Ihnen, unseren Beitrag für eine starke und solidarische Zivilgesellschaft und gegen eine Spaltung der Gesellschaft zu leisten.

Mit freundlichen Grüßen



Ulla Schmidt, Bundesministerin a.D.
Bundesvorsitzende